

Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Aufgaben- und Finanzplans 2022–2024

Antrag vom 15. Februar 2021

SVP-Fraktion (Sprecher: Schmid-Grabs)

Ziff. 8 (neu):

Die Regierung wird eingeladen,¹ den Staatssteuerfuss ab dem Budget 2022 auf 110 Prozent festzusetzen und weitere Steuererleichterungen im tarifarischen Bereich zu prüfen.

Begründung:

Der Kantonsrat ist als strategisches Organ des Kantons St.Gallen zu Weitsicht verpflichtet. Entlastungen für Bürger und Unternehmen in der Zeit nach der Covid-19-Krise sind daher heute zu beschliessen, sodass diese im richtigen Moment ihre Wirkung entfalten können.

Gerade jetzt ist es notwendig, dass auch die Steuerzahler entlastet werden und dieses Geld ausgeben können. Das Geld bleibt so im Wirtschaftskreislauf und bewirkt eine Stärkung der Wirtschaft in einer schwierigen Zeit. Aufgrund der erwarteten, höheren Auszahlungen der Schweizerischen Nationalbank ist diese Steuersenkung zusätzlich finanziell abgesichert und ergänzt die geplanten Entlastungsmassnahmen.

Der Kantonsrat hat der Regierung für den AFP 2021–2023 den Auftrag erteilt, mit einer Steuerfussenkung auf 110 Prozent zu planen. Dieser Auftrag wurde durch die Regierung nicht umgesetzt. Es ist unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass dieser Beschluss des Kantonsrates umgesetzt wird.

¹ Auftrag nach Art. 95 des Geschäftsreglements des Kantonsrates, sGS 131.11.